Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3894. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 ₰. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 82. [47. Jahrgang.] Sonntag den 5. April 1908. Erste (Abend-)Ausgabe. [47. Jahrgang.] Nr. 82.

Berlin, den 4. April.

Rückblicke.

Mit einer kleinen Verspätung, nämlich am 1. April statt am 31. März, ist der preußische Etat im Herrenhause verabschiedet worden, während der Reichstag noch am Montag in einer Abendsitzung mit seiner entsprechenden Aufgabe zum guten Ende kam. Wie unliebsam unsere Erste Kammer das zeitliche Zurückbleiben im Gange ihrer Beratungen empfunden hat, geht zur Genüge aus dem Sitzungsbericht hervor. Präsident Frhr. v. Manteuffel erklärte nach mehr als sechsstündiger Dauer der Verhandlungen unter Heiterkeit des Hauses, man könne, nun am Abend, wohl keine besondere Abendsitzung mehr anberaumen; vorher aber hatte er dargelegt, daß für künftig, ohne deshalb einen Druck auf das Abgeordnetenhaus üben zu wollen, die Nennung einer Präklusivfrist seitens des Herrenhauses sich empfehlen dürfte. Die diesmalige Spanne von zwölf, in Wirklichkeit von nur zehn Tagen für die Etatsberatung in Kommission und Plenum es wies sich jedenfalls als zu kurz.

Auch der Reichstag hatte es an Mühe nicht fehlen lassen, um den Etat, dessen rechtzeitiges Zustandekommen für eine Weile keineswegs sicher schien, noch beizeiten unter Dach zu bringen; es war vielleicht ein Symptom der sich geltend machenden befriedigten Stimmung, wenn die Abgg. Müller-Meiningen und Roeren zu einem Wettkreit in Stachelversen gelangten, in dem sie sich bereits früher einmal maßen. Am folgenden Tage wurde eine Resolution zum Polizeiat angenommen, die den Beamten dieser Verwaltung Ostmarkenzulagen gewährt wissen will, und dann in die Besprechung der Interpellationen wegen Erhebung von Schifffahrtsabgaben eingetreten. Hierzu gab der Staatssekretär des Innern v. Bethmann Hollweg im Namen des Reichskanzlers die Erklärung ab, die Frage, inwieweit die im § 19 des preußischen Wasserstraßengesetzes vorgesehene Einführung von Schifffahrtsabgaben den Art. 54 der Reichsverfassung berühre, habe bisher noch nicht zum Austrag gelangen können. Die preußische Regierung werde ihrerseits Schritte tun, um die der Durchführung des § 19 aus der jetzigen Lage des öffentlichen Rechts erwachsenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, namentlich nach Abschluß der bundesstaatlichen Verhandlungen den Weg der Reichsgesetzgebung zur Klarstellung der genannten Verfassungsbestimmung beschreiten. Nach Entscheidung der Sache in Deutschland werde mit Rücksicht auf die bestehenden internationalen Abmachungen auch mit den beteiligten fremden Staaten in Verhandlung getreten werden. Minister Breitenbach legte, entsprechend seinen bereits in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärungen, die von der preußischen Regierung mit der Einführung von Schifffahrtsabgaben befolgte Absicht dar: Förderung der gesamtdeutschen Schifffahrtsinteressen durch genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bundesstaaten unter voller Wahrung ihrer Autonomie. Zur Verwirklichung dieses Planes werden Bildung von Zweckverbänden und Errichtung von Strombauämtern für bestimmte Stromgebiete dienen, ferner die Verteilung aller aufkommenden, zunächst in diese gemeinsamen Kassen abzuführenden Schifffahrtsabgaben unter die einzelnen Bundesstaaten, und zwar nach einem unter Zugrundelegung des aufgewendeten Strombaukapitals festzusetzenden Maßstabe mit dem Endziel eines Ausgleichs zwischen leistungsfähigeren und minder leistungsfähigen Verkehrsgebieten. Für dieses Programm erwartet die preußische Regierung alle Parteien des Landtags hinter sich zu haben, und sie hält es für zweckmäßig und gerecht genug, daß sie von seiner Verwirklichung weitere Mittel für Verbesserung der natürlichen Wasserstraßen abhängig macht. Eine Sitzungsfolge von noch höherem politischen Interesse leitete der Donnerstag ein, an welchem die zweite Lesung des Vereinsgesetzes ihren Anfang nahm. Nicht nur der Bundesratstisch, an welchem auch der aus Wien heimgekehrte Reichskanzler Fürst v. Bülow Platz nahm, sondern auch das Haus selbst war sehr gut besetzt. Die Abstimmungen, die hier jedesmal nach Schluß der Einzelberatungen erfolgen, erstreckten sich am ersten Tage über die §§ 1, 1a, 2 und 2a, die mit Mehrheiten von durchschnittlich 30 Stimmen sämtlich zur Annahme gelangten. Während die gegnerischen Fraktionen mit dem Einbringen von nicht eben aussichtsreichen Anträgen operierten, gaben die Redner der Blockparteien nur knappgehaltene Darlegungen ihres durch Kompromiß festgelegten Standpunktes ab, und Staatssekretär v. Bethmann Hollweg nahm verschiedene Male das Wort, so besonders zur Ausländerfrage beim ersten Paragraphen. Gleich allen anderen Amendements wurde dann auch der Antrag Trimborn (Z.), die Ausländer in das Gesetz einzubeziehen, verworfen. In bisher nicht überdotener Vollständigkeit (377 von 397 Mitgliedern) fand sich das Haus sodann zur Freitagsitzung zusammen, der voraussichtlichen Bedeutung des Beratungstages angemessen. Allein der Widerstand nahm jetzt die Äußren der Obstruktion an, und mit Recht ist dem dabei hervorragend beteiligten Zentrum vorgeworfen worden, daß es auf solche Manier den Gedanken an sein eigenes Gesetz, die lex Aichbichler, machrufe, mit dem dieselbe Partei vor etlichen Jahren eine Abkürzungsmöglichkeit für allzusehr hingezogene Debatten schuf. Gewisse Einwendungen, die besonders bei dem hinreichend klaren und ganz gewiß dem Vereinsrecht förderlichen Paragraphen 3 gemacht worden sind, wirkten nicht mehr ernsthaft, und dieser Eindruck verstärkte sich, als hernach der Paragraph dennoch fast einstimmige Annahme fand. Schließlich wurden die Geister erregt, die Stimmung auf beiden Seiten erhitzte sich, und nach einer Sitzung von siebenstündiger Dauer brach man die Verhandlungen nach Annahme des § 6 ab. Der Staatssekretär des Inneren v. Bethmann Hollweg, Graf Lerchenfeld und andere Mitglieder des Bundesrats fanden oftmals Anlaß, das Wort zu nehmen, um den Inhalt der Bestimmungen bezw. die Stellung ihrer Regierungen zu dem Entwurf, gegen irrige Ausdeutungen zu verwahren. So kam man erst am Sonnabend an den hauptsächlich umstrittenen Sprachenparagraphen, zu dem der Pole Fürst Radziwill dann als erster Redner sprach.

Daß mit dem Sprachenparagraphen und dem sogenannten Enteignungsgesetz nur ein Mindestmaß von Abwehrmaßnahmen gegen die polnischen Aspirationen im deutschen Osten und das Treiben ihrer nimmer ruhenden Vertreter zu stande käme, bewiesen die Berichte von dorther. Zwar scheint man im Polenlager noch nicht klar oder einig zu sein, mit welchen Tricks, seien sie verbesserungsvoll oder nur aufs Geratewohl zu ergreifen, den neuen Machtmitteln zu Gunsten des Deutschtums überzeitig entgegengearbeitet werden soll, und möglicherweise bleibt auch alles Nachgrübeln vergeblich. Was ganz gewiß nicht gegen die innere Zweckmäßigkeit und politische Folgerichtigkeit der neuen Bestimmungen sprechen würde. Aber die großpolnischen Hetzer widmen sich dann nach ihrem Brauch der Bearbeitung des „gemeinen Mannes" polnischer Zunge, der leider zu einem gewissen Prozentsatz noch immer ein erstaunlich haltbares Gefäß für die allerärgsten Märchen und Mönchhaustheien bilden muß. Sicherlich wird eine spätere Zeit das wunderliche Kapitel dieser oft geradezu für noch mittelalterlich empfindende Gemüter fabrizierten Legenden mit Kopfschütteln verzeichnen; heute aber legt ihr tatsächliches Wirken dringendere Aufgaben nahe. In der Kuffhäuser-Korrespondenz wird z. B. auf die ungemein wahrhaftige Verherrlichung des alten Polenreiches hingewiesen, die im Schwange geht, natürlich stets in Verbindung mit prophetischen Hinweisen auf seine Wiedererkehr in noch idealerer Auflage. Man spricht von der Herrlichkeit seiner künftigen Könige. Schon seien die Engel dabei, die neue Königskrone zu schmieden, und die heilige Jungfrau selbst sammle die Tränen der treuen Polen, um daraus Perlen für die polnische Königskrone zu machen! Solche und ähnliche Gedanken von der Wiedererstehung Polens haben schon tief Wurzel geschlagen. Träger und Förderer der Agitation sind neben dem polnischen Großgrundbesitzer die polnische Geistlichkeit und der unter der deutschen Verwaltung in den letzten Jahrzehnten entstandene Mittelstand, zu dem die polnischen Kaufleute und Industriellen, die polnischen Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Redakteure und Agenten, die bessergestellten Handwerker gehören. Aber auch die neuerdings von den Grundbesitzern aufgestachelten polnischen Arbeiter, deren Brotgeber gleichwohl Deutsche sind, zählen mit. Unter der Jugend wird die Hetze gepflegt in zahlreichen Vereinen. Eins mit dem Polen der Provinz Posen erklären sich die in Ost- und Westpreußen, Schlesien, alle, welche im sonstigen Deutschland, vornehmlich in Berlin und den westlichen Industriegebieten, wohnen, sowie die Polen Rußlands und Galiziens; selbst die Polen fremder Erdteile. Die Hetzpresse bläst tüchtig ins Feuer. Viele Deutsche, wirtschaftlich boykottiert, würden ohne die tatkräftige Unterstützung des Ostmarkenvereins zu Grunde gerichtet werden, und blutsauer wird den deutschen Beamten, Lehrern und Postbeamten besonders das Leben gemacht. — Interessant ist, daß ein polnisch gefärbter Geistlicher, Propst v. Zakrzewski, erst vor einigen Wochen in einer Versammlung die deutschen Katholiken auf dreiste Art einzuschüchtern versuchte. Er meinte, die preußische Regierung behaupte heute noch ebenso wie bei der Schaffung der Ansiedlungskommission, daß sie gerecht sei, weil sie Protestanten und Katholiken in gleicher Weise ansetze. Sie werde aber, wenn die Enteignungsvorlage Gesetz werde, keinen deutschen Katholiken auf einem Besitztum ansiedeln können, das von einem Polen enteignet worden sei; denn die katholische Religion verbiete einem jeden Katholiken, ein solches Stück Land anzunehmen. Ein solcher Katholik würde ein possessor mala fide. Die katholische Moral verbiete das. Deshalb habe auch der Fürstbischof Kopp gegen die Enteignungsvorlage stimmen müssen. Die preußische Regierung werde daher auf den enteigneten Landereien nur Protestanten und Sektierer ansiedeln können. Nach heute sage er, daß kein deutscher Katholik als possessor mala fide von einem katholischen Priester Absolution verlangen dürfe. Sehr entschieden hat ein katholischer deutscher Schulmann aus dem Osten in der Deutschen Macht darauf erwidert, die katholische Kirche habe das Enteignungsrecht des Staates immer anerkannt. „Auch in ihren Augen ist der neue, gesetzliche Besitzer kein Possessor mala fide; er kann sich durch Ankauf eines gesetzlich enteigneten Landstückes nicht versündigen, sich durch diesen Erwerb also nicht der Absolution unwürdig machen. Possessoren mala fide gehören der polnischen Geschichte vor 1795 an; es waren die Herren, die durch „Einreiten" in den Besitz des Nachbarn dessen Eigentum durch Gewalt, und ohne daß sie Entschädigung dafür leisteten, an sich rissen. Leute aber, die künftighin von der Ansiedlungskommission ein Landstück kaufen, das diese kraft Gesetz vorher auf dem Wege der Enteignung erworben und nach dem vollen Werte dem früheren Besitzer bezahlt hat, haben kein gerauftes, sondern rechtlich gekauftes Gut erworben." — Auf weitere polnische Bestrebungen weist sodann die Schlesische Zeitung hin. Hiernach waren die Polen im Hinblick auf die Bestimmungen des § 7 im Vereinsgesetzentwurf schon eifrig besorgt, um die 60 pCt. der angesessenen Bevölkerung, welche die Vorbedingung für den Gebrauch der polnischen Sprache in den Versammlungen bilden sollen, überall zu behalten oder zu erwerben. Man will das unter anderem dadurch erreichen, daß man die ländliche Bevölkerung bodenständiger macht und so für den Erwerb abhält. Zu diesem Zwecke sollen mit Hülfe der Geistlichkeit in jeder Parochie sogenannte Rolniks, d. h. polnische landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften, gegründet werden. Man hofft dadurch sehr viel für die Wohlfahrt und die Bodenständigkeit auch des kleinsten polnischen Ackermannes zu erreichen und sie dauernd an die Scholle zu fesseln. Gelingt es, dann werden die 60 pCt. der polnischen Bevölkerung sich in einer Weise vermehren, daß wenigstens im „Großherzogtum" diese Ausnahme die Regel bilden wird. Die Vorkämpfer der Rolniks, junge polnische Kaufleute, werden nach dem Plane, bevor sie ihre Stellung antreten, in Posen in einem Banthause für ihren Beruf vorbereitet werden.

Groß sind die Ausschten von Maßnahmen, deren Vorbedingungen erst noch geschaffen werden sollen, freilich nicht, und das Ganze erinnert unwillkürlich an die traglich verlaufenden Boykottversuche gegen deutsche Waren in Russisch-Polen. Ein nördliches Geschichtchen aus Lodz, wo für eine bakteriologische Untersuchungsstation nur Instrumente nichtdeutscher Herstellung besorgt werden „durften", könnte die Polen belehren helfen. Man hatte von dort an österreichische und französische Firmen geschrieben, und diese sandten ihre Preisberechnungen ein. Da erwies es sich, daß verschiedene Artikel sich teurer stellten, andere aber gar nicht in Oesterreich und Frankreich fabriziert werden; die Lieferanten gaben selbst zu, daß sie dieses und jenes aus Berlin beziehen müßten, um es dann zusammen mit den übrigen Bestellung liefern zu können. Nun forschte man nach, wie es denn speziell den Optikern, die nicht in Lodz mit seiner gemischten Bevölkerung, sondern in rein polnischen Städten wohnen, möglich sei, Deutschland ganz zu umgehen. Es stellte sich dabei heraus, daß diese einfach das Publikum täuschen, indem sie Berliner Waren über Wien und Paris beziehen. Einzelne wiederum lassen sich ihre Sendungen über Hamburg kommen und erklären dann der Bundschaft, man könne doch wohl die Freie Hansestadt nicht boykottieren, denn diese habe mit der preußischen Polenpolitik absolut nichts zu tun. Das leuchtet natürlich ein, besonders, wenn die Ware gut und billig ist. — Das Schlußziel aber, die Autonomie der Polen, als verführerisch hinzustellen, bedarf angesichts gewisser Tatsachen eben unausgesetzter Anstrengungen und Vertuschungen. Sehr schlagend hat ein von dem österreichischen Reichsratsabgeordneten Dr. Kryzlo Trojowstyj verfaßter Aufsatz der Ukrainischen Rundschau die Wirtschaft der polnischen Bureaukratie in Galizien geschildert. Der Verfasser sagt:

„Wir haben in Galizien einen autonomen gesetzgebenden Körper; dort sind die Schlachzitzen vollkommen zu Hause, und was für Wohltaten sie über das von ihnen beherrschte Land ausstreuen, ist ja bekannt. Zu der Charakteristik des Geistes, welcher im galizischen Landtag herrscht, möge der allerneue Umstand dienen, daß dort ein noch im April 1904 als bildsinnig vom hem Kolomoyer Kreisgericht unter Kuratel gestellter schlachzitzischer Abgeordneter (Fürst Puzyna) trotz Protest, trotz im Parlament eingebrachter Interpellationen bis Mitte dieses Jahres Platz haben konnte, diese alles deswegen, weil sich die Herren nicht der Gefahr aussetzen wollten, daß das erledigte Mandat einem Ruthenen zufalle. Der Hauptsitz der galizischen Behörden, womit sie die Herrschaft der Schlachzitzenclique im Lande zu befestigen suchen, besteht darin, daß sie um jeden Preis die Ortsrichter- und Gemeindeschreiberstellen mit ihren Kreaturen zu besetzen trachten. Ge eine Kreatur ist dann immunner wie ein Reichsratsabgeordneter, denn dieser letztere kann vom Abgeordnetenhause dem Gericht ausgeliefert werden, ein Ortsrichter oder Gemeindeschreiber aber, der während der Wahlen der Schlachzitzenclique Dienste geleistet hat, braucht gar nicht diese Formalitäten, er ist auch so immun, und der galizische Staatsanwalt wirft alle Strafanzeigen gegen ihn ganz einfach in den Korb. Eine Schlachzitzenkreatur, wenn sie einmal zum Ortsrichter bestellt wurde, bleibt dann oft 20 und 30 Jahre auf diesem Posten, und alle Bemühungen der Bevölkerung, sie los zu werden, bleiben erfolglos. Die Neuwahlen werden anfangs nach sechs Jahren erst nach sieben oder acht Jahren ausgeschrieben, die Proteste gegen die durchgeführten Wahlen werden jahrelang nicht erledigt oder aus den nichtigsten Gründen abgewiesen. Wenn aber eine Gemeinde einen zu oppositionellen Geist an den Tag legt, und der Bezirkshauptmann glaubt, daß sie für die Schlachzitzenpartei noch gewonnen werden könnte, so läßt man der Gemeindevorstand unter irgend einem Grunde auf, und eine erprobte Wahlkuhne wird zum Gemeindekommissar ernannt. So ein Kommissar schaltet und waltet jahrelang und ganz unverantwortlich mit dem Gemeindevermögen, wie er will, terrorisiert die Gemeinde und benimmt sich überhaupt wie ein kleiner türkischer Pascha. Wie lange dieser empörende, die Bevölkerung geradezu provozierende Zustand dauern wird, weiß niemand."

Ohne den kräftigen, durch gesetzliche Mittel unterstützten Widerstand des Deutschtums in unseren Ostmarken würde hierin ein mahnendes Zukunftsbild zu erblicken sein. Außer Augen soll man aber die Früchte polnischer Herrscherkunst und die Zustände, die sie noch überall herbeigeführt hat, niemals lassen.

Aus der Reichstagsstichwahl in Emden ist der freisinnige Kandidat mit bedeutendem Stimmenvorsprung als Gewählter hervorgegangen. Das war, nachdem von nationalliberaler Seite die Stichwahlparole zu Gunsten Fegters ausgegeben worden war, zu erwarten.

Wenn man das Verhalten der Barth-Gruppe gegen ihre „offizielle" Partei, die freisinnige Vereinigung, wie es sich aus Anlaß des Vereinsgesetzentwurfs gestaltet hat, als eine Kraftprobe bezeichnet, so wird dieser Ausdruck sich doch wohl als ungenau herausstellen. Ebenso wie für den radikalen Flügel der Volkspartei scheint der Vorstoß der Barthianer sich für sie leider vielmehr zu einem Beweise ihrer politischen Kraftlosigkeit zu gestalten. Was zunächst das Gegenstück zu der neulichen linksliberalen Adresse, das vertrauliche Rundschreiben Prof. Quiddes an die süddeutsche Demokratie betrifft, so hat es in der Stuttgarter Landesausschußsitzung der württembergischen Volkspartei am 30. März jedenfalls keine Durchschlagskraft bewiesen. Wie heimlich muß es gemacht sein, daß der Stelle: „Wir dürfen uns nicht zu Mitschuldigen machen an der fluchwürdigen Politik des Unrechts und der Vergewaltigung, an der nur schwerer Unheil erwachsen kann. . . . Gehen wir hier nach, so ist, fürchte ich, auf dem Wege politischer Grundsatzlosigkeit kein Halten mehr. Man wird uns, wenn wir uns einmal wieder auf unsere Grundsätze berufen, höhnend auf dieses Sprachenkompromiß hinweisen, als Beweis, daß wir „auch anders können". An manchen von uns wird sicher erst die Frage herantreten, ob er länger in der Partei verbleiben kann, wenn die Fraktion bei ihrem Entschlusse beharrt." — Allein die Versammlung, die einen Gegner des Sprachenparagraphen, Konrad Haußmann, referieren ließ — und dieses Referat fiel ziemlich matzvoll aus —, unterließ jede Festlegung, nachdem sich ergeben hatte, daß Haußmann in der Reichstagsfraktion mit seinem Votum allein bleiben würde. Der Stuttgarter Beobachter, das Organ der Volkspartei, wies sodann den Quiddschen Anlauf sehr deutlich ab. „Das eine sollten unsere Parteifreunde bei aller „Entrüstung" doch nicht vergessen", so hieß es hier, „daß unsere demokratischen Abgeordneten nämlich nicht wie leichtfertige unverantwortliche Politiker handeln, sondern nach sorgfältiger Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen, geleitet einzig und allein von dem Wunsche, der freien Entwicklung redlich zu dienen und die Partei nicht zu schädigen, die dieses Streben nach Fortschritt in Tatsachen umsetzen will. . . . Geduld gehört zur praktischen Politik, eine Ueberstürzung der Beschlüsse ist unnütz, weil in der heutigen Demokratie jedem Mitglied die Möglichkeit gegeben ist, sein Urteil zur Geltung zu bringen. Mit Austrittsdrohungen aber können Männer nicht arbeiten, denen es um praktische Politik für die freiheitliche Entwicklung zu tun ist. Das ist in allerfriedlichster Form unsere ablehnende Antwort auf übereilte Ratschläge." — Die bereits mitgeteilte Absage des Abg. D. Naumann an Dr. Barth und dessen Gefolgschaft hat in der liberalen Presse Zustimmung gefunden. In der Königsberger Hartungschen Zeitung wird betont, Naumann bestätige also die bereits eingeleiteten Versuche und Bestrebungen, eine neue Parteibildung auf Kosten der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft herbeizuführen; er rechtfertige durch sein aus persönlicher Erfahrung geschöpftes Urteil über das Auftreten und Gebaren der Barth und Konsorten die Stellungnahme, welche erfahrene freisinnige Politiker von jeher dem Treiben der Illusionisten und Disziplinlosen gegenüber eingenommen haben. Das offene, mannhafte Wort Naumanns sei um so höher anzuerkennen, als ihm die reinliche Scheidung von dem ihm persönlich nahe stehenden Gruppchen Barth nicht leicht geworden sein mag. Die Wandlung Naumanns, die sich in der nüchternen Bewertung realpolitischer Faktoren und in dem Vorsatz ausspreche, allen Intrigen zum Trotz bei der Stange zu bleiben, sei eine schätzenswerte Folge seiner praktischen Erfahrung im parlamentarischen Leben. — Die Danziger Zeitung aber fügt hinzu, wenn Naumann bereits ernstlich mit der Eventualität des Austritts aus der Richtung Barth-Geyer rechne, so sähe auch sie (die Zeitung) nachgerade in einer solchen Trennung den einzigen Ausweg aus der durch das Gebaren dieser Richtung schier unerträglich gewordenen Situation.

An den „Protesten" gegen das Vereinsgesetz, nicht nur gegen den § 7 allein, hat natürlich die Sozialdemokratie es erst recht nicht fehlen lassen, und sie nahm bei dem für sie kritischen Stande der Dinge jetzt auch die immer offene Hand Dr. Barths einmal mit Herablassung an. Die sozialdemokratische Offene Arbeiterzeitung leitete ihren Bericht über eine dortige Versammlung Dr. Barths mit der Schilderung ein: „Alle Wonne zum südwestlichen Saalbau! Das war am Sonntag morgen die Parole, und von allen Seiten der Stadt strömten die Parteigenossen, dem Rufe der Organisation folgend, zu der vom Liberalen Verein auf 11 Uhr einberufenen Versammlung. Lange vor Beginn der Versammlung war der Riesensaal überfüllt, zum allergrößten Teil natürlich von Genossen, da die Liberalen ja nur wenige hundert Leute zusammenbringen können." Vor dieser Korona hielt dann Dr. Barth seine Rede, worauf dann ein Sozialdemokrat das Korreferat übernahm. Der Vorsitzende der Versammlung, brachte eine Resolution ein, in der u. a. für ein Zusammenwirken aller demokratischen Elemente bei den bevorstehenden Landtagswahlen plädiert wurde. Diese Resolution fand auch Annahme, obwohl der sozialdemokratische Redner ausdrücklich betonte, daß die Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf nur als einen Teil des Klassenkampfes betrachte. — Zur allgemeinen Haltung der Sozialdemokratie schreibt die Conservative Correspondenz:

„Um aber die sozialdemokratische „Bewegung" gegen das neue Vereinsgesetz, die eigentlich gegen den Freisinn gerichtet ist, besser in Gang zu bringen, hat jetzt namens der gewerkschaftlichen Generalkommission „Genosse" Legien einen Erlaß veröffentlicht, in dem er die Arbeiterschaft auffordert, „noch in letzter Stunde den Versuch zu machen, durch energischen Protest das deutsche Volk vor einem solchen Reichsvereinsgesetz zu bewahren". Die sozialdemokratischen Blätter drucken diesen Erlaß natürlich unter dringender Befürwortung ab und erfinden die „Genossen", gemeinsam mit den Gewerkschaften das Vorgebliche zu veranstalten. Es dürfte demnach in der nächsten Zeit die Veranstaltung von Massenversammlungen zu erwarten sein. Aber solche Versammlungen mit ihren stereotypen Resolutionen machen schon längst keinen Eindruck mehr. Man weiß ja, daß die sozialdemokratischen Oberen nur auf den Knopf zu drücken brauchen, um ihren Anhang in Versammlungsfälle zu rufen. Die „Genossen" haben einfach zu parieren und zu protestieren — gegen was, das bleibt sich gleich. Es ist bezeichnend, daß die sozialdemokratische Parteileitung und sogar die gewerkschaftliche Generalkommission sich jetzt über das Jugendlichenverbot so ungeheuer aufregen.

„Wie ein Dachstuhl" ist, so jammert die Breslauer Volkswacht, der Beschluß der Blockparteien hinsichtlich der Jugendlichen der Sozialdemokratie „auf den Kopf gefallen". Niemand habe etwas davon gewußt, aber auch nur geahnt, daß sich die Freisinnigen auch in diesem Punkt zur Nachgiebigkeit würden bereitfinden lassen. Denn gerade die in der Regierungsvorlage ausgesprochene unbedingte Zulassung der Jugendlichen zu politischen Vereinen und Versammlungen habe man in der Sozialdemokratie als einen der wesentlichen Vorzüge des Entwurfs angesehen. So begreiflich die schmerzliche Empfindung der sozialdemokratischen Parteileitung auch sein mag, so deutlich kann man daraus erkennen, wie notwendig es war, wie wichtig diese Ergänzung des Vereinsgesetzes war, und welch günstige Wirkung davon zu erwarten sein wird. Auch die verbündeten Regierungen werden also in dieser neuen Bestimmung eine Verbesserung ihres Entwurfes erblicken müssen."

Den Versuchen der „Genossen", ihre politischen Aussichten durch Anwendung des latissim bekannten Parteiterrorismus zu stärken, wird in der bürgerlichen Presse schon etwas vermehrte Aufmerksamkeit gewidmet. Darin sollte man auch nicht nachlassen, um so weniger, als die sozialdemokratische Presse im Verdecken und Ableugnen dieser gemeinschädlichen Bohrarbeit wohlgeübt ist.

Rundschau im Auslande.

Die Straßenunruhe in Rom

kamen gestern in der italienischen Deputiertenkammer zur Erörterung. In Beantwortung mehrerer Anfragen verlas Ministerpräsident Giolitti die Aussage eines glaubwürdigen Zeugen, nämlich des südtirolischen Beamten, der den Leichenzug zu begleiten hatte.

Aus dieser Aussage geht hervor, daß für die Verdrängung des im Krankenhause Gestorbenen infolge eines Arbeitsunfalls verkorbenen Arbeiters der für Leichenzüge übliche Weg festgesetzt worden war. Ein Teil der an der Beerdigung teilnehmenden Arbeiter erklärte demgegenüber, die Via Plebiscito und die Via Nazionale benutzen zu wollen, und ließ sich von diesem Verbahren nicht abbringen. An der Zug auf der Piazza del Gesù angelangt, wollte ein Teil des Gefolges durch die Via di Aracelì weiterschreiten, während der andere unter revolutionären Rufen und die Fahnenstangen als Waffen benutzend, nach der Via Plebiscito gegen die dort aufgestellte und die Straße sperrende Schutzmannschaft drängte. Trotz der Aufforderung der Schutzmannschaft, den Platz zu räumen, begannen die Manifestanten, gegen die Beamten Steine, die sie aus ihren Taschen hervorholten, und Mauersteine, die sie zwei auf dem Platze erschienenen Wagen entnahmen, zu schleudern, wodurch diese Beamte verletzt wurden. Diese feuerten nunmehr, zunächst in die Luft, Revolverschüsse ab; als dieses Einschüchterungsverfuch aber ohne Erfolg blieb, wurden die Waffen gegen die Menge gerichtet. Es blieben drei Tote auf dem Platze, 15 Personen aus der Menge und 29 Beamte sowie zwei Soldaten wurden verwundet.

Der Ministerpräsident hat zum Schluß, über den Vorfall kein Urteil abzugeben, bis die bereits eingeleitete gerichtliche Untersuchung völlige Klarheit geschaffen habe. (Lebhafter Beifall.) In der darauf folgenden Debatte stimmten die Parteien in der Hoffnung überein, daß der Generalstreik bald beendet sein werde. Auch die Sozialisten mißbilligten den Generalstreik und versprachen, ihn nach Kräften zu beschränken. Barzilai, der den Ausführungen Giolittis beipflichtete, bemerkte, wenn das Militär eine bemerkenswerte Ruhe zeigen konnte, hätte für die Gendarmen und die Polizei auch keine zwingende Notwendigkeit vorgelegen, von den Waffen Gebrauch zu machen. Hiergegen stellte Ministerpräsident Giolitti fest, daß die Gendarmen und die Polizei in weit höherem Maße der Notwendigkeit ausgesetzt waren, sich zu verteidigen, als das Militär, denn dieses hätte im Hintertreffen gestanden und ja auch nur zwei Verwundete gehabt, während Gendarmen und Polizei in unmittelbarer Berührung mit der Volksmenge den Steinwürfen direkt ausgesetzt waren und neunundzwanzig Verletzte zählten.

*

Rom, 3. April. Der Ausschuß der allgemeinen Arbeitervereinigung in Turin hat auf die Aufforderung einer Gruppe von Parlamentariern und der Leitung der sozialistischen Partei beschlossen, die Arbeiter in allen Städten Italiens zu bestimmen, sich der Teilnahme am Generalausstand zu enthalten. In Rom dürfte der Ausstand morgen abend beendet sein. Schon heute abend bietet die Stadt einen vollkommen ruhigen Anblick. Es sind heute keine Zeitungen erschienen, außer einer Extraausgabe des Popolo Romano.

Gerüchten über Meutereien in Rußland

tritt folgende Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur entgegen: Die in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten über Massenexzesse im Schwarzen Meer und Wladiwostok beruhen, wie von zuständiger Seite festgestellt wird, auf Unwahrheit. Meutereien sind weder ausgebrochen, noch ist eine Vorbereitung von Meutereien entdeckt worden. Die hier kürzlich vorgenommenen Haussuchungen und Verhaftungen halten sich im Rahmen gewöhnlicher polizeilicher Sicherheitsmaßregeln. Es ist keinerlei aufrührerische Organisation unter den Soldaten entdeckt worden.

Die russischen Ostseeprovinzen.

Das Petersburger Blatt Rossija bespricht das kürzlich erlassene Rundschreiben des Ministerpräsidenten Stolypin an die Ressortchefs der Ostseeprovinzen, in dem die Bevölkerung des nationalrussischen Elements allen Behörden zur Pflicht gemacht wird. Das Blatt sagt, das Rundschreiben bedeute kein Mißtrauensvotum gegen die einheimische Bevölkerung, welche die Teilnahme an der Verwaltung beibehalten solle; jedoch müßten die Ostseeprovinzen wie alle Grenzländer Rußlands mit der Zentralgewalt durch Nationalrussen verbunden werden, wodurch an Stelle des Lokalpatriotismus russischer Reichspatriotismus geschaffen werde.